

# Merseburger Kreisblatt.

## Tageblatt für Stadt und Land.



(Amtliches Organ der Merseburger Kreis-Verwaltung.)

Gratis-Beilage: „Ausriertes Sonntagsblatt.“

Das „Merseburger Kreisblatt“ erscheint täglich Nachmittags 3 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigen-Annahme für die Tagesnummer bis 10 Uhr Mittags, größere Anzeigen werden möglichst früh zu setzen.

**Abonnement-Preis**  
vierteljährlich mit „Ausriertes Sonntagsblatt“ bei den Ausbringern 1,40 Mk., in den Ausgabestellen 1,20 Mk., beim Postbezug 1,60 Mk., mit Landbriefträger-Beleggeld 1,95 Mk. Die einzelnen Nr. sind mit 10 Pf. besetzt.  
Redaktion und Expedition: Altenburger Schulp. 6.

**Inserations-Gebühr**  
für die Abspaltene Kopfzeile oder deren Raum für Merseburg und Umgegend 10 Pf., für außerhalb 13 1/2 Pf.  
Für periodische u. größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung nach Vereinbarung. Kopfzeiler 2 1/2 bis entsprechend höher berechnet. Notizen und Reclamen außerhalb des Inserationspreises 30 Pf., Beilagen nach Uebereinstimmung.  
Sämmtliche Annoncen-Bureau nehmen Inserate entgegen.

### Bekanntmachung.

#### Postanweisungen nach der Südafrikanischen Republik.

Von jetzt ab sind nach der **Südafrikanischen Republik** (Transvaal) **Postanweisungen** bis zum Betrage von 10 Pfund Sterling zulässig.  
Ueber die näheren Bedingungen ertheilen die Postämter Auskunft.  
Berlin W., 6. Februar 1891. **Der Staatssecretär des Reichspostamts**, von Stephan.

Unter dem Viehhof des **Hinterguts Neufkirchen** ist die **Maul- und Klauen- seuche** ausgebrochen.  
Bentendorf, den 9. Februar 1891.

Merseburg, den 10. Februar 1891.

### † Südw est a f r i k a.

Angra Biquena ist die erste deutsche Kolonie. Im Jahre 1882 hatte der Bremer Kaufmann Lüderich sich entschlossen, im Gebiete der rheinischen Missionsgesellschaft in Südwestafrika eine Factorate anzulegen und weitere Erwerbungen zu machen. Die Expedition an den deutschen Konjunkt in Kapstadt vom 24. April 1884, durch die der frühere Kanzler eine active Colonialpolitik begann, lautete: „Nach Mittelungen des Herrn Lüderich zweifeln die Colonialbehörden, ob seine Erwerbungen nördlich vom Orangefluß auf deutschen Schutz Anspruch haben. Sie wollen amtlich erklären, daß er und seine Wiedererlangen unter dem Schutze des Reichs stehen.“

Das Land der Hereros ist reich, hat eine leblich entwickelte Bevölkerung, die aber unter häufigen Einflüssen der Potentiaten zu leiden hat. Das Land ist reich an Mineralen, Kupfer und Gold, aber arm an Wasser und es hat sich nicht entwicklungsfähig stellen lassen, ob der Abbau in Bermanerth wirklich lohnt. Die Högheit des Reichs wird durch einen Reichskommissar ausgeübt, außerdem ist unter Führung des Hauptmanns v. Francois eine Truppe von 50 Mann zum Schutze der Weiden im Lande. Erinnerlich sind die Schwierigkeiten, die noch vor dem Eintritte der Schutztruppe durch den Einbruch eines gewissen Lewas aus der Kapkolonie, in der man von Anfang an den Erwerb Südwestafrikas durch Deutschland sehr mißgünstig betrachtet hatte, und durch das hinterlistige Verhalten des inzwischen verstorbenen Kommanderos entstanden waren.

Früher unterhielt die südwestafrikanische Gesellschaft eine kleine Schutztruppe, sowie Jägergenossenschaft zur Unternehmung des Landes, dessen wirtschaftlicher Werth indessen, wie gesagt, noch in Ungewissheit liegt. Da die Mittel der Gesellschaft zu Ende gehen, war sie bereit, ihre Geschäftsbahn in einem Theile des Gebietes an eine ausländische Gesellschaft abzutreten und mit dem Erlöse in dem ihr verbleibenden Gebiet weiter zu wirtschaften. Sowohl der vorige als auch der gegenwärtige Reichskanzler lehnten jedoch die Genehmigung des Vertrages ab, weil mit der Ausbeutung einer Kolonie oder eines Theiles derselben durch Nichtdeutsche auch der deutsche Schutz gegenstandslos werden würde.

Die Verwaltungsausgaben für das Schutzgebiet betragen im laufenden Jahre 268 000 Mk. Im neuen Etat verlangt die Regierung eine Erhöhung dieses Betrages um 23 500 Mk., die namentlich als Zuschuß zu den Kosten einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt und Ausfunftstelle dienen sollen. Wie der Reichskanzler von Caprivi bei der Beratung dieses Postens in der Reichstagskammer vom 4. Februar mittheilte, sind im Augenblicke Verhandlungen mit einer Gesellschaft im Gange, welche im Wesentlichen aus Deutschen mit deutschem Capital zusammengesetzt, mit ihrem Werthe in Deutschland gegründet, sich die Aufgabe stellen wird, einen Theil der Dinge zu übernehmen, die bisher in den

Händen der südwestafrikanischen Gesellschaft waren. Damit wäre die Hoffnung gegeben, daß die deutschen Interessen in einer gedeihlichen Weise in Südwest-Afrika sich entwickeln können.

Zugleich wies der Reichskanzler den Vorwurf zurück, daß der Führer der Schutztruppe nicht in die Kämpfe unter den Eingeborenen eingetreten habe. Im südlichen Theile uneres Schutzgebietes ist nämlich ein Mann aufgefunden, halb Krieger und halb Arbeiter, Witbooy mit Namen. Er hat sicherlich das Talent, seine Umgebung zu begreifen und fortzuführen. Er hat eine Truppe zu Stande gebracht von 400 bis 500 Mann, zum größten Theile bereit, alle mit Hinterladen bespannt und Dank der Freundschaft unserer Kapitäne in Südwest-Afrika auch reichlich mit Munition versehen. Mit dieser kleinen Truppe hat er sich in ein Felsenloch zurückgezogen, Fortnaanz genannt, und in dem lebt er, und wenn ihn der Hunger treibt, macht er Ausfälle. So ist er denn im Herbst vorigen Jahres in das Land der Hereros gezogen, um denen die Herden wegzunehmen. Das ist ihm auch im vollen Umfange gelungen. Die deutsche Schutztruppe mußte sich Gemehr bei Fuß den Kämpfen zusehen, weil sie nur zum Schutze der Weiden bestellt und zu schwach ist, um nachhaltigen Erfolge einzuflehen. Personen und Eigentum der Weiden sind auch von Witbooy vollkommen respektirt worden.

Es ist bei der Entstehung unserer Kolonien, die ja zum großen Theil nach einem Worte des Reichskanzlers „Kinder des Geistes und der Phantasie“ sind, nur zu natürlich, daß plöthliche Umschläge in der Werthschätzung kommen, und wie man Südwest-Afrika vor Jahren als eine Art von Paradies schilderte, in das Hunderttausende von arbeitstüchtigen Deutschen auswandern konnten, in dem Gold auf der Hand lag, ist man jetzt in ein pessimistisches Extrem nach der anderen Seite umgeschlagen. Aber man kann nicht wissen — wie gleichfalls der Reichskanzler betonte — was aus der Kolonie noch werden mag, wenn die nöthige Zeit und hinreichendes Kapital auf sie verwandt wird. Ist mehr zu schätzen da, dann sollen auch mehr Truppen hinfommen. Dieses Jahr ist als ein Versuchsjahr anzusehen, und wir wollen hoffen, daß es denen Recht geben wird, welche keinen Grund sehen, eine gute Zukunft dieser Kolonie für ausgeschlossen zu halten.

### Politische Tagesfragen.

(\*) Kaiser Wilhelm widmet sich, wie Berliner Zeitungen erzählen, den Regierungsgeschäften mit einem Eifer, über welchen seine Umgebung nicht weniger erstaunt ist, als seine Minister. Alle an ihn gerichteten Eingaben prüft der Kaiser selbst. Dabei tritt deutlich hervor, daß, wo es immer angethan erscheint, der Kaiser bei seinen Entscheidungen socialpolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt. Es verlautet von Fällen, in welchen der Kaiser in sehr nachdrücklicher Weise dagegen Einpruch erhoben hat, daß Strafen, die aus Unterlohnungsünden bei Anwendung erforderlicher Saugvorrichtungen bei Maschinen erfolgen, einfach mit Geld abgemacht werden.“ Ueberall will er zur Anerkennung gebracht wissen, daß der Werth eines Menschenlebens gleichgültig werde, gleichviel ob es sich um eines der wohlhabenderen oder der ärmeren Klassen handelt.

(\*) Caprivi und Waldersee. Wir haben schon mitgeteilt, daß bei dem Rücktritt des

Grafen Waldersee auch Differenzen mit dem Reichskanzler in Betracht gekommen sind. Graf Waldersee hat, wie es heißt, von den bei den Bolschalten beglaubigten Militär-Attachees nicht bloß militärische, sondern auch Berichte über die politischen Angelegenheiten der verschiedenen Länder empfangen. Diese politischen Berichte hat der Chef des Generalstabes für sich behalten und von dem Inhalte derselben dem Reichskanzler keine Meldung gemacht. Gegen diesen Zustand hat Herr von Caprivi wiederholt Einspruch erhoben, indem er die alleinige Controlle über die politischen Angelegenheiten fremder Länder für sich in Anspruch nahm, während Waldersee behauptete, seine militärischen Dispositionen nur auf Grund der genauen Kenntniss der politischen Verhältnisse der Nachbarstaaten treffen zu können. Ueber die Art Meinungsverschiedenheit konnten sich beide Herren nicht einigen, und dies war einer der Gründe, daß Graf Waldersee von seinem Posten entbunden wurde.

(\*) Schreiben des Kaisers an den bisherigen Reichsgerichtspräsidenten von Simson. Der Kaiser hat an Dr. von Simson folgendes Handschreiben gerichtet: „Mit Ablauf dieses Monats scheiden Sie, Ihrem Wunsch gemäß, aus Ihrem bisherigen Wirkungskreise an der Spitze des obersten Reichsorgans des Deutschen Reiches, welchem Sie sich seiner Erziehung als Präsident vorgehalten haben. Ich danke Sie für die antwortende Plichterfüllung, die rasche Thätigkeit, durch welche Sie sich in Ihrer langen und ehrenvollen Laufbahn im Dienste des Preussischen Staates und des Deutschen Reiches ausgezeichnet haben, meine volle Anerkennung mit dem Wunsch auszusprechen, daß Ihnen nach einer so thätigen Vergangenheit ein langer und glücklicher Lebensabend zu Theil werden möge.“

(\*) Reichskanzler von Caprivi gegen den Fürsten Bismarck. In der Nordd. Allg. Zig. findet sich folgende, ersticklich aus dem Reichskanzleramt stammende Auslassung gegen die Journale, welche in letzter Zeit aus Friedrichsruhe stammende Artikel brachten: „Die Münch. Allg. Zig. stellt bei Besprechung der jüngsten Kolonialdebatte in Uebereinstimmung mit den Münch. Nachr. die Behauptung auf, daß seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eine wesentliche Veränderung in dem Verhältnisse von Deutschland und Rußland eingetreten sei. Das Blatt schreibt wörtlich: „Sodann — und hier berühren wir den Cardinalpunkt unserer ganzen auswärtigen Politik — werden wir uns offensichtlich zu Rußland nicht immer im Stadium der ausgezogenen Brücken befinden, sondern hoffentlich allmählich jene eigentliche Basis unserer Politik wiedergewinnen, welche in einem freundschaftlichen und freundschaftlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und Rußland besteht.“ Die damit gegen unsere derzeitige äußere Politik erhobene Beschuldigung, daß sie eine wesentliche Basis der Friedenspolitik Deutschlands, nämlich das freundschaftliche und freundschaftliche Einvernehmen mit Rußland preisgegeben habe, ist eine so schwere und steht zudem mit allen bisher bekannten Thatsachen in so diametralen Widerspruch, daß die „Münch. Allg. Zig.“ und die „Damb. Nachr.“ nicht ohne einen Beweis für ihre Unterstellungen antreten müssen, wenn nicht der gegrübelte Verdacht erweckt werden soll, daß die Blätter zum Zwecke der Discreditation der auswärtigen Politik Deutschlands auch vor unwillkürlichen Erfindungen nicht zurückzusehen.“ Das ist eine nicht zu verneinende Sprache.

Das Ende der socialdemokratischen „Freien Bühne“ in Berlin. Der Bresl. Zig. wird aus Berlin geschrieben: Am Ende dieser Saison scheidet Otto Braun aus dem Vorstand der „Freien Bühne“ aus. Man hält es für absolut sicher, daß sich im Anschluß daran die „Freie Bühne“, die außerdem mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, auflösen wird. — Die Begründung dieses Unternehmens wurde vor einem Jahre mit demselben Fallos begleitet, wie neuerdings die Errichtung der „Arbeiterbildungsschule“, der sogenannten

Arbeiter-Universität. Der Gedanke ist nicht lächel, aber wenn es an das erste Stadium gehen soll, dann wird es wohl etwas dauern. (\*) Fürst Bismarck und Dr. Peters. Der Reichskanzler v. Caprivi hat im Reichstage das Telegramm verlesen, durch welches Fürst Bismarck der Peters'schen Emin-Posta-Expedition direct den Zug verweigern wollte. Es ist aus dem Reichsamt des Auswärtigen nach London an den deutschen Botschafter Grafen Jagow gerichtet und lautet nach dem amtlichen Text wörtlich: „Im Gegenzug für ermächtigt, Lord Salisbury (dem englischen Ministerpräsidenten) gegenüber gelegentlich zu wiederholen, daß die Expedition Peters das Deutsche Reich nichts angeht, und er und seine Begleiter für uns Privatreisende sind, bei deren Unternehmen wir uns von jeder Förderung fern halten. Der Reichskanzler würde es natürlich finden, daß England besonnenen Rügen den Durchmarsch durch seine Interessensphäre in Ostafrika verweigert.“

### Neuere Nachrichten.

Deutschland, Berlin, 10. Febr. Kaiser Wilhelm empfing am Montag den neuen Chef des Großen Generalstabes, Graf Schlieffen und entsprach am Nachmittage einer Einladung des Officiercorps des ersten Garde-Regiments in Potsdam zur Tafel. Abends wohnte die Kaiserliche Familie der ersten Aufführung von Woldemar's „Der neue Herr“ im Schauspielhaus bei. Der Prinz-Regent von Bayern hat eine Kabinettsordre erlassen, in welcher er sein Einverständnis damit auspricht, daß zur Feier seines Geburtsfestes möglichst viele oder gemeinnützige Stiftungen errichtet werden. Der Regent unterlag aber ausdrücklich jede Anordnung von Prämien bei solchen Sammlungen. Der Reichskanzler hat nach erfolgter Zustimmung der Regierung von London und Washington den Oberamtmann Freiherrn Arnold Senff v. Bilsack in Geddingen zum Vizepräsidenten des Municipalrathes von Vpra ernannt. — Officiell wird erklärt, daß eine in London errichtete englisch-deutsche Compagnie für Südwestafrika von der Reichsregierung keine Concessionen für ihre Thätigkeit erhalten hat. — Der Reichskommissar für das Fogogebiet, Herr von Postkammer, ist dort aus Europa wieder eingetroffen und hat seine Amtsgeschäfte von Neuem übernommen. — Von der Gruppe der Reformgenossen, welche dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegt sind, wird nach allgemeiner Annahme des Volkstheilgesetzes in dieser Session unerblickt bleiben. Trotz der vorgenommenen Veränderungen ist auf eine Mehrheit dafür nicht zu rechnen. Das Gesetz hat keine Partei befriedigt und sein Fall wird von allen gleichmäßig gewünscht.

Die Reichstagskommission zur Specialberatung des Krankenversicherungsgesetzes nahm am Montag Vormittag die Sitzungen wieder auf, um die zweite Lesung des Gesetzes zu erledigen. Zu § 1 wird beschlossen, daß die in den Geschäftsbetrieben der Krankenversicherungsanstalten Beschäftigten und Versicherungsanstalten Beschäftigten Personen ebenfalls versicherungspflichtig sein sollen. Bei der Debatte über § 2 vertrat sich das Haus. Oesterreich-Ungarn. Die deutschliberalen österreichischen Parlamentarier haben einen Wahlauftrag zu den bevorstehenden Abgeordnetenhaus-Wahlen erlassen. Der Antrag spricht den Wunsch der deutschen Parteien nach fruchtbringender Reformarbeit der nächsten Session aus, zählt eine Reihe solcher Reformarbeiten auf und betont das Festhalten an dem deutsch-österreichischen Bündnis. Der Schluss des Auftrages lautet: „Die Deutschen werden ihre Unterstützung einer Regierung nicht verweigern, welche die Verwaltung von nationalen Parteiensachen freiläßt, der berechtigten Stellung der Deutschen Rechnung trägt und mit entschiedenem, mannhaften Auftreten thätiglich eine Förderung des öffentlichen Gutes wär.“ Der Antrag hat lebhaften Beifall gefunden. — Das Schloß





